



02. März 2009

BI-GP appelliert an die Gemeinderäte

MAHLBERG-ORSCHWEIER. Knapp 100 Menschen sind am Samstag der Einladung der beiden Bürgerinitiativen Gewerbepark Ettenheim/Mahlberg (BI-GP) und Bahnlärm Mahlberg/Orschweier zu einem Informationsabend im Orschweierer Gasthaus Krone gefolgt. Dabei erklärten Vertreter der Bürgerinitiativen und des Bundes für Umwelt und Naturschutz (BUND), weshalb sie fürchten, dass die Stadtverwaltung von Mahlberg den maximal zulässigen Lärmrichtwert in der Orschweierer Kronenstraße erhöhen möchte. Diesem Vorhaben müsste allerdings der Gemeinderat zustimmen.



Volles Haus bei der Info-Veranstaltung der BI. | Foto: Merkle

"Wir sind heute hier zusammengekommen, weil der Bürgermeister von Mahlberg plant, Lärmrichtwerte in Orschweier zu erhöhen, beziehungsweise deren Überschreitung zu dulden", sagte Dieter Beck, der im Namen beider Initiativen die Begrüßung übernommen hatte. Anschließend erklärte Klaus Deutschkämmer von der BI-GP, worauf die Initiativen diese Vermutung vor allem stützen: Auf ein der BI-GP angeblich anonym zugespieltes Schreiben von Mahlbergs Bürgermeister Dietmar Benz an die den Zweckverband für das Industriegebiet DYN A 5 beratende Freiburger Anwaltskanzlei Wurster, Wirsing und Schotten sowie an das Ingenieurberatungsbüro IBK aus Freinsheim. In dem Schreiben vom 11. Februar, das während der Versammlung als Tischvorlage auslag, bittet Benz "wie vereinbart" die Vertreter der Beratungsbüros um Teilnahme an einer Gemeinderatssitzung in Mahlberg und betont: **"Es wird eine äußerst schwierige Angelegenheit sein, die Ortschafts- und Gemeinderäte davon zu überzeugen, dass eine Erhöhung der Richtwerte im Baugebiet 'Kronenstraße' bzw. die Akzeptanz der Überschreitung der TA-Richtwerte nur die einzige Möglichkeit ist, die Restflächen im Zweckverbandsgebiet DYN A 5 zu vermarkten."**

Deshalb zeigten sich BI-Vertreter und Bürger von den Äußerungen Benz' in der BZ vom 25. Februar nicht beschwichtigt. Benz hatte gegenüber der BZ betont, er sehe keine Veranlassung, den Bebauungsplan zu ändern. Würde der Bebauungsplan um das Gebiet der Kronenstraße dahingehend geändert, dass es statt als allgemeines Wohngebiet als Mischgebiet ausgewiesen wird, wäre der zulässige Lärmpegel nachts 50 Dezibel statt wie bisher 45 Dezibel. "Aber das ist gar nicht notwendig und daher gar nicht mehr aktuell, um die Lärmrichtwerte in der Kronenstraße zu erhöhen", kommentierte der Ettenheimer Aktivist Erik

Frey die Äußerungen von Benz der BZ gegenüber im Anschluss an die Veranstaltung. "Über Verschiebungen der Lärmkontingentierung kann auch ohne Änderung des Bebauungsplanes eine Erhöhung des zulässigen Lärmpegels in der Kronenstraße um 4,9 Dezibel erreicht werden", sagte Frey.

Scharfe Kritik an Bürgermeister Benz

Die BI-Vertreter stützen ihre Vermutung, dass Benz die Richtwerte erhöhen möchte, zudem auf ein Schreiben an eine Eigentümergemeinschaft aus der Kronenstraße. Darin erkläre die Stadt Mahlberg, dass für die Kronenstraße "eine zehnpromzentige Lärmerhöhung angedacht ist", so Peter Ohnemus von der BI-GP. Weiterer Anhaltspunkt für die BI-Vertreter: Die Änderungspläne des Zweckverbandes DYN A 5 für den Bebauungsplan Obere Lachenfeld/Rittmatten vom Juli 2007, wo die Firma German Pellets einen Teil ihres Werk stehen hat. Darin heißt es: "In der Gesamtabwägung zwischen den Belangen der Wirtschaft einerseits und der schutzwürdigen Bebauung andererseits entscheidet sich der Zweckverband hier für die weitere Entwicklung des Gewerbes." Das lasse eine Anhebung der Orientierungswerte als vertretbar erscheinen, hieß es am Samstag.

An der so definierten Strategie halte Bürgermeister Benz, vor allem aber die Stadt Ettenheim und deren Bürgermeister, der Zweckverbandsvorsitzende Bruno Metz, weiterhin fest, sagten mehrere Redner des Abends. Zudem, so Peter Ohnemus, sei der Bebauungsplan für das Gebiet Rittmatten II, wo ebenfalls Teile des Pelletswerkes stehen, noch gar nicht rechtskräftig. "Das ist, anders als es die Ettenheimer Stadtbaumeisterin Astrid Loquai darstellt, kein Vorteil, sondern ein Nachteil für uns", sagte Ohnemus. Horst Queck, der gemeinsam mit Frey in Ettenheim den letztjährigen Bürgerentscheid initiiert hatte, betonte in seinem Vortrag, dass die geplante Erhöhung des Lärmrichtwertes in Orschweier auch Auswirkungen für Wohngebiete in Ettenheim, Altdorf und Kappel-Grafenhausen haben könne. Lothar Krikowski vom BUND übte scharfe Kritik an Bürgermeister Benz. Er nahm auch nochmals zu den Schallmessungen der Dekra Stellung und bemängelte – wie mehrere Redner an dem Abend –, dass auf die festgestellten Überschreitungen der Lärmrichtwerte hin Konsequenzen ausgeblieben seien. So würden nicht einmal darauf geachtet, dass die Fenster des Werkes geschlossen blieben. Krikowskis Kollege Ingo Gödecke vom BUND in Karlsruhe sagte, dass im Dekra-Bericht empfohlen werde, den Rundholzplatz in der Nacht nicht in Betrieb zu nehmen – "aber nicht einmal das wurde gemacht", so Gödecke.

In Sachen Biomassekraftwerk hätten die Ettenheimer Bürger den Mahlbergern "aus der Patsche geholfen", sagte Horst Queck und forderte: "Jetzt ist es an den Mahlbergern – den Mahlberger Räten – den Ettenheimer zu helfen." Damit formulierte Queck den Appell aller Redner und auch der sich zu Wort meldenden Bürger: Die Mahlberger Stadt- und Ortschaftsräte sollen sich umfassend informieren, und eine Erhöhung der Lärmrichtwerte für die Kronenstraße verhindern. Direkt gehört haben die Appelle Michael Masson, Rolf Baum und Andreas Ruder – die drei Gemeinderäte, die bei der Versammlung zugegen waren.

Der Orschweierer Ortsvorsteher Bernd Dosch sagte klar, dass er "keine Bedenken" habe, dass der Ortschaftsrat einer wie auch immer gearteten Erhöhung der Lärmrichtwerte geschlossen entgegentrete. Allerdings liege die Entscheidung letztlich beim Gemeinderat, so Dosch, auf dessen Räte es nun einzuwirken gelte. Dass von den Mahlberger Stadträten nur drei zum BI-Infoabend gekommen waren, bezeichnete Dosch als "ein wenig traurig".

Autor: Stefan Merkle